Nr. 42. Abendausgabe. Sonnabend, 25. Januar 1913.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Nach dem Jungtürkenputsch.

Die neue Lage.

Der völlige Umschwung der türkischen Politik innerhalb weniger Stunden erinnert fast an den unterhaltenden Blick ins Kaleidoskop. Wie sich da die bunten Glasstäbchen und Steinchen urplötzlich mit einem einzigen Ruck wenden und zu überraschenden neuen Mustern zusammenfallen, wie Farben, die vorher nur versteckt hier und da in der Masse aufblitzten, augenblicks den ganzen Grund des neuen Bildes erfüllen, so scheint jetzt das Türkenreich in ein paar Nachmittagsstunden aus einem niedergebrochenen, vor dem militärischen und finanziellen Ruin stehenden Staat, der nur durch schleunigen Friedensschluß sein Leben noch einige Zeit zu fristen fähig schien, ein völlig anderer geworden zu sein. Mit selbstbewußt höflicher Gebärde weist er die Zumutung des Friedens von sich, zu dem die europäischen Großmächte rieten — man sei bereit, dem Frieden zu dienen, aber nur unter vorteilhaften Bedingungen, wie sie der annoch unzerstörten Kampfkraft des Türkenheeres entsprächen. Das etwa wird — ob auch darüber noch nichts Sicheres feststeht — aller Voraussicht nach der Inhalt der Antwort auf die Mächtenote sein, die das neue Kabinett Mahmud Scheftets in Aussicht gestellt hat: Adrianopel unser, solange wir noch seine Herren sind. Ueber die ägäischen Inseln verhandeln wir — aber keine Delegation türkischer Selbstbestimmungsrechte an die vermittelnden Mächte. — Damit ist der Schritt der Großmächte in seiner unmittelbaren Wirkung illusorisch gemacht. Wenn nicht ein neuer Weg der Vermittelung gefunden wird, scheint kaum etwas Anderes übrig als der Wiederbeginn des mörderischen Kampfes auf den blutgetränkten Feldern Thraziens.

Die Zusammensetzung des neuen türkischen Kabinetts ist nun endgültig publiziert worden. Sie zeigt, daß Mahmud Schefket nicht die radikalsten, sondern die tüchtigsten Männer der Jungtürkenpartei um sich haben will. Talaat Bey, der unruhigste Kopf des ersten jungtürkischen Regimes, hat dem erfahrenen Hadschi Adil Platz gemacht. Das Kriegsministerium wird übrigens Mahmud Schefket selbst übernehmen, der bis zum vorigen Jahre das Amt geführt hat, nicht Isseb Pascha, der vermutlich an die Front gehen soll. Hinter diesen Entscheidungen spürt man wohlerwogene Absichten; nichts deutet auf ein rasch vorübergehendes Interimistikum, das die nächste Welle verschlingt. In die weltpolitische Diskussion ist damit ein völlig neues bedeutsames Problem eingetreten, das nämlich, ob die Türkei heute besser als vorgestern bereit und fähig ist, den Kampf um ihre Existenz wieder aufzunehmen. Darüber werden sich die neuen Machthaber am Goldenen Horn zunächst selbst Klarheit verschaffen müssen. Es ist sozusagen selbstverständlich, daß, wer den Frieden fördern will, sie nicht zu Entschlüssen drängen darf, die sich hinterher als vorschnell erweisen könnten. Auch die Balkanstaaten müssen jetzt, wenn sie zum Abschluß ernstlich bereit sind, Fristverlängerung gewähren. Die militärische Lage kann sich nicht so rasch zu ihren Ungunsten verändern, daß ein Abbruch des Waffenstillstandes als zulässige Antwort auf den Konstantinopeler Umschwung gelten könnte.

Schein und Wirklichkeit zu scheiden — das ist die schwierige Aufgabe, die jetzt neu in die von den Großmächten unternommene Ordnung der Balkanangelegenheiten hineingetragen worden ist. Keinesfalls wird man in Berlin oder Wien geneigt sein, nunmehr, nachdem die realste Macht der Türkei, die Armee, ihren Willen durchgesetzt hat, der den Frieden um jeden Preis verschmäht, mit energischeren Pressionen vorzugehen. Im Gegenteil wird es die Aufgabe einer vorsichtigen, den deutschen Interessen und dem Frieden dienenden Politik sein, unüberlegte Komplikationen, Vorstöße einzelner Mächte, die unabsehbare Verwicklungen heraufführen müßten, hintanzuhalten.

* * *

V Berlin, 25. Januar. (Originaltelegramm.) **Ueber die neue Lage in Konstantinopel enthält man sich an amtlicher Stelle auch heute noch eines abschließenden Urteils. Man rechnet damit, daß die Note der neuen Regierung in Konstantinopel in zwei bis drei Tagen zugehen wird. Der Meinungsaustausch unter den Mächten hält an. Bisher ist jedoch noch keine Macht mit einem positiven Vorschlage hervorgetreten, welche Stellung man der veränderten Lage in Konstantinopel gegenüber einnehmen soll.**

Die Großmächte haben sich, wie die „B. Z." hört, der neuen türkischen Regierung gegenüber vorläufig auf eine abwartende Haltung geeinigt. Man sieht der Antwort des neuen türkischen Kabinetts auf die Note der Mächte entgegen, man will aber, da das Kabinett Mahmud Schefket eben erst die Geschäfte übernommen hat, nicht schon jetzt drängen, sondern ihm Frist zur Ueberlegung gewähren. Aus diesem Grunde läßt sich auch noch nicht sagen, wie sich die Situation weiter entwickeln wird. Die Entsendung zweier italienischer Schiffe nach den türkischen Gewässern (siehe unter „Notizen") entspricht nicht einem Uebereinkommen der Mächte, sondern ist ein Schritt, den Italien für sich allein unternommen hat. Welchem Zweck die Entsendung der beiden Schiffe dienen soll, ist hier nicht bekannt. Was die Haltung Rußlands anbelangt, so beziehen sich alle die Ansichten, daß Rußland mit dem Einmarsch in Armenien drohe, wie versichert wird, auf die Zeit vor der Ueberreichung der Kollektivnote. Sicher ist, soviel bisher bekannt wurde, neuerdings keine Aeußerung seitens der russischen Diplomatie gefallen, die auf eine solche Ansicht im jetzigen Augenblick schließen lassen könnte.

Wien, 25. Januar. Das „Fremdenblatt" schreibt: Europa sprach sich einmütig für den Frieden aus. Angesichts der neuen Wendung der Dinge in Konstantinopel und ihrer etwaigen Folgen wollen wir die bestimmte Erwartung aussprechen, daß Europa unter Hintansetzung aller Sondervorteile und Nebenabsichten in einem nach Zweck und Mitteln einmütigen Vorgehen sich zusammenfinden werde, um die Gefahr abzuwenden, welche politische Unbedachtsamkeit eventuell heraufbeschwören könnte.

Der „Pester Lloyd" bringt einen Situationsbericht aus Wien, in dem gesagt wird, allmählich werde die Hoffnung immer allgemeiner, daß die Türkei auch nach dem kühnen Handstreich der Jungtürken sich nicht verleiten lassen werde, sich in einen ungewissen Kampf zu stürzen, so sehr die Armeen der Verbündeten auch durch die Kriegsverluste geschwächt sein möchten, so dürften sie doch noch immer nicht unterschätzt werden. Die Chancen für ein rasches Gelingen des Friedenswerkes hätten sich jedenfalls verschlechtert. Mehr als je erfordere die neue Situation vollkommene Einigkeit unter den Mächten. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es besonders erfreulich, daß die Meldungen über den Plan einer russischen Aktion in der französischen Presse als unrichtig bezeichnet werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Dementis recht behielten; denn die Politik der Jungtürken werde sicherlich zumeist davon beeinflußt werden, ob sie einem geeinigten Europa gegenüberständen oder hoffen dürften, daß die Einigkeit der Mächte auf einer schwankenden Grundlage beruhe.

Dreiverband und Türkei.

r. **Wien, 25. Januar. Die in der Regel gut unterrichtete „Wiener Allgemeine Zeitung" erhält aus Paris di Bestätigung, daß zwischen England, Rußland und Frankreich feste Abmachungen über eine Teilung der asiatischen Türkei in Interessengebiete bestehen. In Paris nehme man an, daß schon der Wiederausbruch des Balkankrieges geeignet sein könnte, die Durchführung der zwischen den Mächten des Dreiverbandes über die asiatische Türkei getroffenen Abmachungen notwendig zu machen.**

Das Kabinett Mahmud Schefkets.

Seine ersten Handlungen.

Das neue Kabinett setzt sich aus ganz hervorragenden Mitgliedern des jungtürkischen Komitees zusammen. Der Präsident des Staatsrats, Prinz Said Halim, Minister des Innern, Hadschi Abil und Evkafminister Hairi hatten auch im Ministerium Said Portefeuilles. Unterrichtsminister Schukri war Generalsekretär im Ministerium des Innern, Arbeitsminister Bataria, wallachischer Senator, hat die Politik des Kabinetts im Senat und in der Presse oft verteidigt. In dem Kabinett ist auch ein Christ, Postminister Osman, und ein Armenier.

Das Reskript betreffend die Ernennung Mahmud Scheftets zum Großwesir enthält auch dessen Beförderung zum Marschall und die Verleihung des Ziviltranges eines Wesirs. Mukhtar Bey ist endgültig zum Minister des Aeußern ernannt worden. — Seine Umgebung versichert, daß das Kabinett nicht eine Politik der Abenteuer eröffnen noch die Friedensverhandlungen sofort abbrechen werde. Das Kabinett kenne genau die militärische und moralische Lage und werde den Frieden nur unter ehrenvollen Bedingungen schließen. Freitag Nachmittag fand auf der Pforte unter dem üblichen Zeremoniell und militärischen Ehrenbezeugungen die Verlesung des Reskriptes statt, durch das der frühere Direktor des Departements Fetvas Mahmud Essad zum Scheich-ül-Islam ernannt wird. Großwesir Schefket wohnte mit sämtlichen Ministern der Feier bei. Nach der Eidesleistung der Minister, die Abends 7 Uhr stattfand, beriet der Ministerrat auf der Pforte über die Frage, ob Krieg oder Frieden und über die Antwort auf die Note der Mächte.

Unterdrückung der Presse.

Die Zeitungs- und Depeschenzensur wird in Konstantinopel streng gehandhabt. Von den türkischen Zeitungen ist am Freitag nur die „Sabah" erschienen. Das Blatt betont, daß alle gestern gehaltenen Reden darin gipfelten, daß die Nation die Politik des Kabinetts Kiamil nicht billige, welches beschlossen habe, den heiligen Boden des Vaterlandes den Feinden preiszugeben und hunderttausende armer Landsleute im Stich zu lassen. Hassan Ali, Direktor des Alembar und Diepad, Geschäftsführer des „Ikdam", sind verhaftet worden. Der Journalist Nurebbin, nach dem gleichfalls gefahndet wird, konnte entfliehen. Andere kompromittierte Journalisten halten sich verborgen.

Die Finanzklemme.

r. **Konstantinopel 25. Januar. Der Staatsschatz ist völlig leer. Die Kredite sind erschöpft. In den letzten Tagen wurde, nach der „B. Z.", auch der Rest des von der Dette publique gewährten Darlehens von 10 000 Pfund aufgebraucht, die Hälfte davon für die Tschataldscha-Armee, die andere Hälfte für unaufschiebbare Bedürfnisse. Die jüngst fällig gewesenen Gehälter wurden nicht bezahlt. Die Forderungen Privater bleiben unbefriedigt. Nirgends besteht eine Möglichkeit, Geld zu erhalten.**

Kabinett und Provinzen.

Während seines kurzen Interimistikums als Minister des Innern hat Taalat Bey an die Provinzbehörden Zirkulardepeschen gerichtet, worin er unter anderem sagt, daß die heiligen Rechte des Vaterlandes verteidigt werden würden. Da die Wiederaufnahme des Krieges wahrscheinlich sei, müsse die Bevölkerung zu materieller und moralischer Unterstützung ermuntert werden. Der neue Minister des Innern Hadschi Adil richtete an die Provinzialbehörden ein Zirkulartelegramm, in dem erklärt wird, er werde nicht dem persönlichen Haß Raum geben und fähige Beamte nicht ohne Grund ersetzen. Unter Hinweis auf die Schwierigkeit der Lage sagt der Minister, um das Vaterland vor den zahlreichen Gefahren zu bewahren, müßten Regierung und Nation Hand in Hand arbeiten. Die Beamten müßten sich mehr als je bemühen, das gute Einvernehmen zwischen den Gliedern der Nation aufrecht zu erhalten und die Ordnung zu sichern.

Konstantinopel im Banne des Umschwungs.

Wie Nasim Pascha fiel.

Die Ereignisse vom Donnerstag erregen fortdauernd in der Stadt ungeheures Aufsehen. Eine Menge von mehreren tausend Köpfen füllte Nachmittags die Straßen Stambuls, die zur Pforte führen, um den neuen Scheich-ül-Islam vorüberziehen zu sehen. Alle jungtürkischen Journalisten, früheren Deputierten und Beamten, die wegen Preßvergehen gefangen gesetzt waren, sind freigelassen. An den Mittelpunkten des öffentlichen Verkehrs erscheinen wieder die bekannten jungtürkischen Gesichter, die seit langem verschwunden waren.

Die fremden Militärattachés wohnten der Beisetzung Nasim Paschas bei. Wie erzählt wird, schoß auch Nasim bei dem gestrigen Zusammenstoß. Er erhielt eine Kugel in das rechte Auge und eine in die rechte Schläfe. Wie erst Freitag konstatiert werden konnte, wurden bei der blutigen Szene vor dem Ministerratssaal

neun Personen getötet.

Freitag Vormittag wurden aus der Pforte neun Särge herausgetragen. Opfer sind außer Nasim Pascha seine beiden Adjutanten Nasis und Salih, der Diener des Justizministers, der Diener der Pforte und der Sekretär der Pforte, angeblich auch Hauptmann Kiais Isli Tewfik und Dragoman Nedschib. Das neunte Opfer ist unbekannt. Es soll ein früherer jungtürkischer Deputierter sein, der den Kriegsminister erschossen hat.

Man erzählt, Enver Bey hätte zuerst durch einen Diener seine Karte in den Ministerratssaal hineingesandt und um Zutritt gebeten. Da die Minister ihn nicht empfangen wollten, kam es zu einem Tumult, wobei der Adjutant des Kriegsministers zuerst feuerte. Darauf erschien der Kriegsminister in der Tür des Saales, um sich nach der Ursache des Tumultes zu erkundigen. Die Demonstranten drangen in diesem Augenblick hinein. Es fielen Schüsse. Nasim Pascha brach tödlich getroffen zusammen. Die in den Saal gedrungenen Jungtürken wollten in der Erregung des Moments, wie behauptet wird, auch den Großwesir töten, der ihnen bittend entgegen gegangen war und so sein Leben gerettet haben soll. Die früheren Minister des Innern und der Finanzen werden noch immer gefangen gehalten.

Abdul Hamid und Mehmed Reschad.

Wien, 25. Januar. Als Beweis dafür, daß der Staatsstreich der Jungtürken vollkommen überraschend gekommen war, veröffentlicht das „Neue Wiener Tagblatt" eine Depesche aus Konstantinopel, nach der zwischen dem gegenwärtigen Sultan und seinem Bruder, dem ehemaligen Sultan Abdul Hamid, in der Nacht vor dem Putsch im Palais Dolmabagdsche eine Aussöhnung stattgefunden hat.

*

Konstantinopel, 25. Januar. (Wiener Korr.-Bur.) Ueber das gestrige Erscheinen Enver Beys im Sultanpalast verlautet, daß infolge des Einschreitens von Hofchargen, die das Schlimmste befürchteten, der Sultan ihn nicht selbst empfing, sondern die Verhandlungen über die Bildung des neuen Kabinetts nur durch Vermittelung der Würdenträger führte. Der Sultan schlug zunächst die Umbildung des Kabinetts unter Kaimil Pascha mit Mahmud Schefket Pascha als Kriegsminister vor und später die Ernennung Ferid Paschas oder Achmed Mukhtar Paschas. Schließlich mußte der Sultan den Vorschlägen Enver Beys nachgeben.

Rumänien und der türkische Regierungswechsel.

r. **Bukarest, 25. Januar. Die öffentliche Meinung Rumäniens will sich mit dem angeblichen bulgarischen Angebot nicht zufrieden erklären. Rumänien beharre energisch auf der Abtretung eines Streifen Landes von 5000 Quadratkilometern, einschließlich der Stadt Silistria, wie der nordöstlich von Varna gelegenen Hafenstadt Baltschik am Schwarzen Meere. Die rumänische Presse äußert sich angesichts der Nachrichten über die neuen Vorgänge am Goldenen Horn kurz dahin, daß Bulgarien wohl nicht länger in seinem Trotz beharren, sondern sich Rumänien gegenüber nachgiebiger verhalten werde.**

Eine „ententistische" Stimme.

r. **Paris, 25. Januar.** (Eigene Drahtmeldung.) **Scheris Pascha** (ein geschworener Feind der Jungtürken und maßloser Frankomane), hatte mit einem Mitarbeiter des „Temps" eine Unterredung, in der der General u. a. folgendes erklärte: „Der Staatsstreich birgt eine große Gefahr für das ganze ottomanische Reich und besonders für die ottomanische Hauptstadt in sich. Ich habe Beweise dafür, daß Oesterreich und Deutschland seit langem hinarbeiten, das jungtürkische Komitee wieder zur Regierung zu bringen. (!!) Es entsteht nun die Frage, was aus der Türkei werden soll. Der Sultan wird wahrscheinlich abgesetzt werden. (!!) Die Gefahr einer Gegenrevolution ist vorhanden und ihr Ausbruch ist nur eine Frage der Zeit. Mit der Aufnahme der Feindseligkeiten gegenüber den Balkanverbündeten dürfte sofort begonnen werden.

Notizen.

Das Reutersche Bureau erfährt Freitag abends, daß die türkische Mission noch immer ohne Instruktionen aus Konstantinopel sei. — Die Balkandelegierten konferierten mit einander. Sie sind der Ansicht, daß die Ereignisse in Konstantinopel eine ablehnenden Antwort auf die Note der Mächte gleichkommen. (!) Dem Reutterschen Bureau zufolge sandten sie lange Chiffretelegramme an ihre Regierungen und ersuchten um weitere Weisungen.

Die italienischen Panzerkreuzer „San Marko" und „Pisa" haben den Befehl erhalten, sich sofort in die türkischen Gewässer zu begeben.

Unter Führung Himas ist in Budapest eine Deputation albanischer Führer eingetroffen, welche nach Wien und Berlin weiterreisen wird. Die Deputation überreichte dem Ministerpräsidenten Lukacs ein Memorandum, in welchem betont wird, daß die Teilung Albaniens, welche das Wilajet Kossowo in den Händen der Serben beläßt, die Fortdauer der Balkanunruhen bedeuten würde.

Nach einer besonderen Information des „Corriere della Sera" haben Bulgarien und Serbien ein Uebereinkommen getroffen, nach dem Saloniki unter dem Schutze sämtlicher Balkanstaaten zur Freistadt erklärt werden soll. Ferner sei zwischen Serbien und Montenegro bereits eine Zollunion abgeschlossen worden, der demnächst Bulgarien und Griechenland beitreten würden.

Am Nimmermehrstag.

Am 18. November 1911 starb der antisemitische Reichstagsabgeordnete Liebermann v. Sonnenberg. Die dadurch erforderlich werdende Reichstagsersatzwahl in Fritzlar-Homberg wurde auf Ende November 1911 anberaumt. Da aber Anfang Dezember die Auflösung des Reichstags behufs Vornahme der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 vor Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode erfolgte, wurde von einer Ersatzwahl an Stelle des Abg. Liebermann v. Sonnenberg abgesehen. Diese Ersatzwahl hat überhaupt nicht stattgefunden; denn der neue Vertreter für Homberg-Ziegenhain hätte im alten Reichstag, namentlich wenn eine Stichwahl erforderlich gewesen wäre, höchstens an einem halben Dutzend Sitzungen noch teilnehmen können. Gegen einen Verzicht auf diese Ersatzwahl hat damals niemand etwas einzuwenden gehabt, auch die politischen Gegner der Antisemiten nicht. Auch in früheren Jahren ist es wiederholt vorgekommen, daß bei der Erledigung von Reichstagsmandaten kurz vor dem Ablauf der Wahlperiode von einer Ersatzwahl Abstand genommen wurde.

Ein Verzicht auf eine Ersatzwahl scheint jetzt auch in dem Landtagswahlkreis Teltow-Land beabsichtigt zu sein. Hier ist am 24. Oktober der konservative Landtagsabg. Fehlisch gestorben. Bei einigem guten Willen wäre es wohl möglich gewesen, da doch nur verhältnismäßig wenig Ersatzwahlen für Wahlmänner erforderlich sind, die Wahl des neuen Abgeordneten schon bald nach Neujahr vorzunehmen. Zu Neujahr aber wurde überhaupt erst der Termin für die Wahlen der Wahlmänner und die Wahl des Abgeordneten amtlich bekannt gegeben. Die Wahlen der Wahlmänner sollten am 12. Februar, die Wahl des Abgeordneten am 26. Februar erfolgen. Im Teltower Kreisblatt und in anderen amtlichen Organen des Berliner Vorortwahlkreises sind darauf in den letzten Wochen für zahlreiche Gemeinden die amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht worden, wo und für welche Wahlmänner Ersatzwahlen erforderlich sind. Wider alles Erwarten ist aber plötzlich, wie man weiß, am 18. Januar, die Wahl verschoben worden, und zwar auf unbestimmte Zeit. Als Grund ist ange-